



Für Selbst-Bestimmung, gleiche Rechte, Barriere-Freiheit, Inklusion!

Das soll die Regierung von Deutschland machen,
damit die Regeln von der
UN-Behinderten-Rechts-Konvention eingehalten werden.



Leichte Sprache

Wir haben diesen Bericht in Leichter Sprache geschrieben.
So können es alle Menschen lesen und verstehen.



Leichte Sprache ist besonders wichtig
für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Aber Leichte Sprache ist gut für viele andere Menschen.
Zum Beispiel:

- Für Menschen, die nicht gut lesen können.
- Für Menschen, die nicht gut Deutsch können.
- Junge Menschen und ältere Menschen.

Alle Menschen können Leichte Sprache besser verstehen.



In diesem Heft gibt es noch ein paar schwere Wörter.

Die Wörter sind grün und unterstrichen.

Wir erklären diese Wörter ab Seite **35**.

Inhalt:

Leichte Sprache	2
Über diesen Bericht	4
Die Meinung von der BRK-Allianz zu der Arbeit von der Regierung	8
Der Aktions-Plan ist nicht gut	9
Menschen mit Behinderungen sollen dabei sein	10
Angemessene Vorkehrungen	11
Menschen aus anderen Ländern	12
Barriere-Freiheit	14
Rechtliche Betreuung	15
Unterstützte Entscheidung	16
Freiheit und Sicherheit	18
Schutz vor Gewalt	20
Gewalt-Schutz-Gesetz besser machen	21
Schutz der Person	22
Selbst-bestimmt Leben	23
Hilfe nicht selbst bezahlen	24
Recht auf Kinder und Familie	25
Nicht gegen den Willen operieren	26
Eine Schule für alle Kinder	28
Gesundheit	30
Arbeit und Beschäftigung	32
Geld zum Leben	33
Bei Wahlen mitmachen	34
Schwere Wörter, leicht erklärt	35
Wer hat dieses Heft gemacht?	43

Über diesen Bericht

Wer ist die BRK-Allianz?

Es gibt einen wichtigen Vertrag.

Der Vertrag heißt:

UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Man sagt auch: **B**ehinderten-**R**echts-**K**onvention.

Die Abkürzung ist: **BRK**

Wir schreiben in diesem Heft immer UN-Vertrag.



Allianz heißt: Viele Menschen haben sich zusammen getan.

Und machen etwas zusammen.

Die **BRK-Allianz** ist also eine Gruppe von Menschen, die etwas zu dem UN-Vertrag machen.

Bei der **BRK-Allianz** machen 78 Vereine mit.

Zum Beispiel:

- Vereine für Menschen mit Behinderungen.
- Vereine für Eltern von behinderten Kindern.
- Vereine für Menschen mit chronischen Krankheiten.
- Vereine für Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung.
- Vereine, die Hilfen für Menschen mit Behinderungen anbieten.
- Vereine für Lehrer und Lehrerinnen.
- Gewerkschaften.
- Und viele andere Vereine.



Die Namen von den Vereinen

stehen auf unserer Internet-Seite: www.brk-allianz.de



Wozu ist ein Parallel-Bericht da?

Die Regierung von Deutschland hat im Jahr 2011 einen Bericht geschrieben.

In dem Bericht steht:

Das hat die Regierung von Deutschland für die Menschen mit Behinderungen getan.

Der Bericht heißt Staaten-Bericht.



In dem Bericht steht die Meinung von der Regierung von Deutschland.

Wir wollen aber auch die Meinung von den Menschen in Deutschland hören.



Darum haben wir von der BRK-Allianz einen eigenen Bericht geschrieben.

Unser Bericht heißt Parallel-Bericht.



In dem Parallel-Bericht steht unsere Meinung zu dem Staaten-Bericht.

Und unsere Forderungen, was die Regierung tun soll.

Wie kann man diesen Bericht lesen?

Alle Menschen sollen den Bericht lesen können.
Darum gibt es den Bericht in verschiedenen Formen.

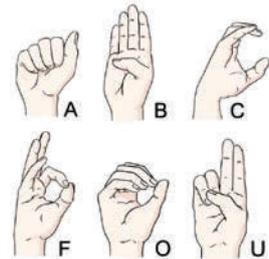


- Auf Deutsch und auf Englisch.

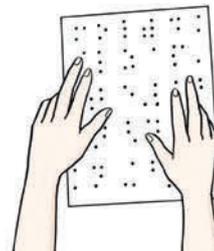


- Auf Papier und im Internet.

- Eine Kurz-Fassung und eine Lang-Fassung.



- In Gebärden-Sprache.



- In Blinden-Schrift.

- Zum Hören.



- Und in Leichter Sprache.



Alle Berichte stehen auf unserer Internet-Seite: www.brk-allianz.de

Die Aktion Mensch unterstützt die **BRK-Allianz**,
damit viele Menschen diesen Bericht lesen können.



Die Meinung von der BRK-Allianz zu der Arbeit von der Regierung:

Die Regierung von Deutschland hat einen Bericht geschrieben.

In dem Bericht steht:

Das hat die Regierung von Deutschland in den letzten Jahren für die Menschen mit Behinderungen getan.



Hier steht die Meinung von der **BRK-Allianz** zu einigen Punkten von dem Bericht.

Darunter steht immer unsere Forderung, was die Regierung von Deutschland machen soll.

In diesem Heft gibt es noch ein paar schwere Wörter.

Die Wörter sind grün und unterstrichen.

Wir erklären diese Wörter ab Seite **35**.

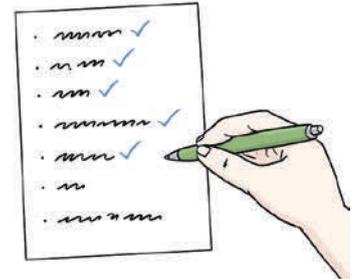
Der Aktions-Plan ist nicht gut.

Die Regierung von Deutschland hat einen Plan gemacht.

In dem Plan steht:

Das will die Regierung von Deutschland in den nächsten Jahren für die Menschen mit Behinderungen machen.

Der Plan heißt **Aktions-Plan**.

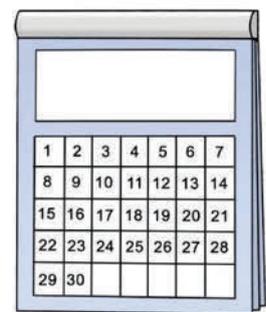


Wir von der BRK-Allianz sagen:

Bisher macht die Regierung nicht genug.

Viele Dinge in dem Plan sind nicht klar:

- Wann genau will die Regierung das machen?
- Und wie genau will die Regierung das machen?



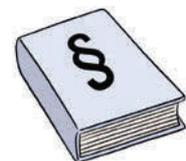
Das alles steht nicht in dem Plan.

So kann man die Dinge nicht richtig überprüfen.

Das fordern wir:

Die Regierung soll schnell die Gesetze ändern.

Die Gesetze müssen zu dem UN-Vertrag passen.



Menschen mit Behinderungen sollen dabei sein.

Wenn es um Menschen mit Behinderungen geht, dann müssen Menschen mit Behinderungen mit machen. Wenn die Regierung ein Gesetz neu macht, dann müssen Menschen mit Behinderungen mit reden. Aber die Regierung achtet nicht immer darauf.

Zum Beispiel:

- Der **UN-Vertrag** wurde zuerst auf Englisch geschrieben. Die Regierung hat den Vertrag ins Deutsche übersetzt. Aber Menschen mit Behinderungen haben dabei nicht mit gearbeitet.
- Die Regierung hat manche Wörter falsch übersetzt. Darum haben Menschen mit Behinderungen eine neue Übersetzung geschrieben. Die Übersetzung heißt Schatten-Übersetzung.



Das fordern wir:

In der deutschen Übersetzung von dem **UN-Vertrag** sind Fehler. Die Regierung soll die Fehler ändern.

Die Regierung soll noch mehr mit den Menschen mit Behinderungen zusammen arbeiten.



Angemessene Vorkehrungen

Es gibt Hilfen für Menschen mit Behinderungen.

Damit Menschen mit Behinderungen überall mitmachen können.

Zum Beispiel:

- Eine Rampe für Menschen im Rollstuhl.
- Gebärden-Sprache für taube Menschen.
- Fach-Leute für Menschen, die nicht sprechen können.

Diese Hilfen heißen: Angemessene Vorkehrungen.



Aber oft ist nicht klar:

Welches Amt soll das bezahlen?

Manchmal sagt das Amt:

Wir wollen das nicht machen.

Oder: Das ist zu teuer.

Dann bekommen die Menschen eine Hilfe nicht.



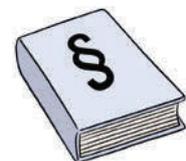
Das fordern wir:

Die Regierung soll genaue Regeln für diese Hilfen machen.

Das soll im Gleichstellungs-Gesetz stehen.

Es soll ein Recht auf diese Hilfen geben.

Wenn Menschen diese Hilfen nicht bekommen,
dann können sie dagegen bei Gericht klagen.



Menschen aus anderen Ländern

In Deutschland leben Menschen aus anderen Ländern.
Manche haben auch Behinderungen.

Menschen mit Behinderungen aus anderen Ländern
haben es in Deutschland oft doppelt schwer.
Sie werden vielleicht ungerecht behandelt.

- Weil sie aus einem anderen Land kommen.
- Und weil sie eine Behinderung haben.



Für Menschen mit Behinderungen aus anderen Ländern
sind viele Sachen schwer.

Zum Beispiel:

- Es gibt zu wenig Infos in ihrer Mutter-Sprache.
Es gibt zu wenig Infos in Leichter Sprache.



- Die Beratungs-Stellen wissen zu wenig
über Menschen aus anderen Ländern.
- Kinder mit Behinderungen aus anderen Ländern
gehen besonders oft in die Sonder-Schule.
Mehr als andere Kinder mit Behinderungen.



- Menschen mit Behinderungen aus anderen Ländern arbeiten
später oft in einer Werkstatt für behinderte Menschen.
Mehr als andere Menschen mit Behinderungen.



Das fordern wir:

Menschen mit Behinderungen aus anderen Ländern müssen bessere Unterstützung bekommen.

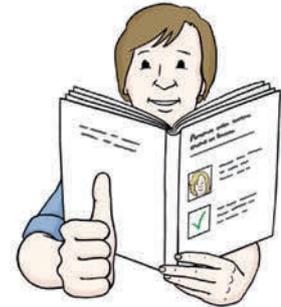
Es soll mehr Infos in ihrer Mutter-Sprache geben.

Es soll mehr Infos in Leichter Sprache geben.

Viele Büros und Ämter müssen mehr über Menschen aus anderen Ländern wissen.

Zum Beispiel:

- Die Beratungs-Stellen für Menschen mit Behinderungen.
- Die Ämter, die Hilfen für Menschen mit Behinderungen bezahlen.



Barriere-Freiheit

Es gibt in Deutschland Gesetze für Barriere-Freiheit.

Barriere-Freiheit heißt zum Beispiel:

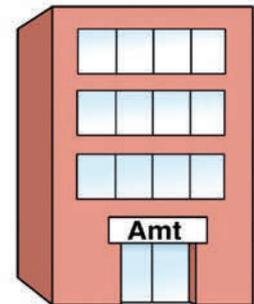
Alles soll so sein,

dass es Menschen mit Behinderungen gut nutzen können.

Die Gesetze sind nur für Öffentliche Einrichtungen.

Öffentliche Einrichtungen sind zum Beispiel:

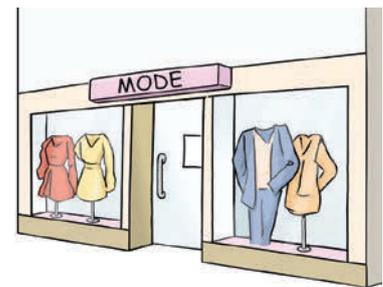
- Die Ämter und Behörden.
- Die Straßen und Wege.



Aber die Gesetze sind nicht für private Firmen.

Private Firmen sind zum Beispiel:

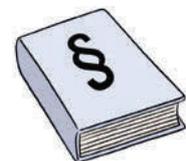
- Die Geschäfte.
- Oder das Kino.



Das fordern wir:

Die Regierung soll die Gesetze für Barriere-Freiheit ändern.

Die Gesetze müssen auch für private Firmen sein.



Manchmal gibt der Staat Geld,
wenn etwas neu gemacht wird.

Der Staat soll das Geld nur dann geben,
wenn etwas barriere-frei gemacht wird.



Rechtliche Betreuung

Manche Menschen brauchen Unterstützung bei ihren Rechten.

Zum Beispiel:

- Wenn sie Verträge unterschreiben wollen.
- Wenn sie Unterstützung beim Gericht brauchen.

Für diese Menschen gibt es die rechtliche Betreuung.

Viele sagen auch gesetzliche Betreuung.



Wenn eine Person eine rechtliche Betreuung hat, dann ist das oft für immer.



Im UN-Vertrag steht:

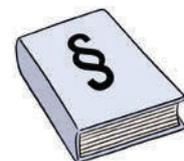
Man muss immer wieder prüfen, ob eine Person eine rechtliche Betreuung braucht. Die Betreuung darf nicht für immer sein.



Das fordern wir:

Die Regierung soll die Gesetze für die Betreuung ändern.

Man muss immer wieder prüfen, ob eine Person eine rechtliche Betreuung braucht.



Unterstützte Entscheidung

Oft ist es so:

Wenn Menschen eine rechtliche Betreuung haben, dann bestimmt der Betreuer viele Sachen alleine.



Im UN-Vertrag steht:

- Menschen mit Behinderungen sollen selbst über ihre Rechte bestimmen können.
- Dabei sollen sie Hilfe und Unterstützung bekommen.

Zum Beispiel:

Es gibt eine Unterstützungs-Person für die Rechte.

Die Unterstützungs-Person ist kein Betreuer.

Sie darf nichts allein entscheiden.

Die Unterstützungs-Person erklärt alles ganz genau.

Dann kann die Person mit Behinderung selbst entscheiden.

Das nennt man Unterstützte Entscheidung.



Das fordern wir:

Die Regierung soll das Gesetz für die Betreuung ändern.

Menschen mit Behinderungen sollen
eine Unterstützung für ihre Rechte bekommen.

Das nennt man Unterstützte Entscheidung.

Dann können Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden.

Die Betreuer dürfen nichts alleine entscheiden.



Freiheit und Sicherheit

Manche Menschen kommen gegen ihren Willen in die Psychiatrie.

Die Psychiatrie ist ein besonderes Krankenhaus für Menschen mit psychischen Krankheiten.

Die Menschen kommen in die Psychiatrie auch wenn sie das nicht wollen.

Das nennt man Zwangs-Unterbringung.

Eine Zwangs-Unterbringung gib es zum Beispiel dann:

- Wenn die Menschen sich selbst absichtlich verletzen.
- Oder wenn sie vielleicht andere Menschen verletzen.



Ein Gericht entscheidet über die Zwangs-Unterbringung.

Das Gericht liest einen Arzt-Bericht.

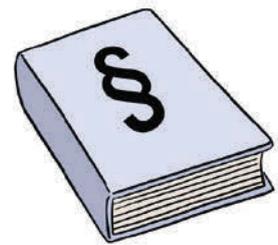
Aber oft ist der Bericht nicht gut.

Das Gericht spricht manchmal nicht mit der Person selbst.

Oder das Gericht spricht erst dann mit der Person, wenn sie schon in einem geschlossenen Heim ist.



Für die Zwangs-Unterbringung gibt es Gesetze.
Die Regierung sagt,
die Gesetze für die Zwangs-Unterbringung sind gut.



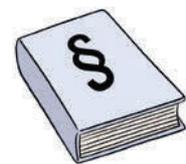
Wir von der BRK-Allianz sagen:

Die Zwangs-Unterbringung darf nur dann sein,
wenn es wirklich keine andere Möglichkeit gibt.
Denn die Gesundheit und die Freiheit der Person
ist ein Menschen-Recht.
Das steht auch in dem UN-Vertrag.



Das fordern wir:

Die Regierung muss die Gesetze
für die **Zwangs-Unterbringung** ändern.
Die Gesetze müssen zu dem UN-Vertrag passen.



Eine Behinderung ist kein Grund für eine Zwangs-Unterbringung.

Es soll mehr Hilfen geben,
damit Menschen nicht in die Psychiatrie müssen.

Schutz vor Gewalt

Frauen mit Behinderungen erleben viel öfter **sexuelle Gewalt** als Frauen ohne Behinderungen.

Zum Beispiel:

- Sie hören öfter dumme Sprüche über ihren Körper.
- Sie werden öfter von Männern am Busen angefasst.
- Sie werden öfter beschimpft oder geschlagen.
- Sie werden öfter zum Sex gezwungen.



Das fordern wir:

Es muss bessere Beratungen zum Thema Gewalt für Menschen mit Behinderungen geben.



Es soll mehr Kurse geben für Frauen mit Behinderungen. In den Kursen lernen die Frauen, wie sie sich wehren können. Die Kurse sind ein guter Schutz vor Gewalt.

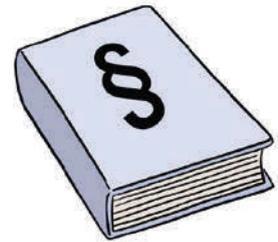


Gewalt-Schutz-Gesetz besser machen.

Es gibt ein Gesetz gegen Gewalt.

Das Gesetz heißt **Gewalt-Schutz-Gesetz**.

Aber manche Regeln in dem Gesetz sind nicht gut für Menschen mit Behinderungen.



Zum Beispiel:

Ein Mann pflegt seine Frau mit Behinderung zuhause.

Der Mann schlägt seine Frau.

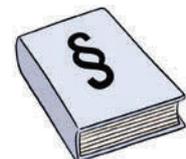
Dann kann die Frau einen anderen Pfleger oder eine andere Pflegerin bekommen.

Aber das kann sehr lange dauern.

Das fordern wir:

Die Regierung soll das Gewalt-Schutz-Gesetz ändern.

Das Gesetz soll besser werden für Frauen mit Behinderungen.



Schutz der Person

Manchmal bekommen Menschen Medikamente, obwohl sie das nicht wollen. Oder sie werden an ein Bett gefesselt, obwohl sie das nicht wollen. Das nennt man: Zwangs-Behandlung.



Das ist nur dann erlaubt, wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Eine Zwangs-Behandlung gib es zum Beispiel dann:

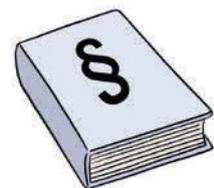
- Wenn die Menschen sich selbst absichtlich verletzen.
- Oder wenn sie vielleicht andere Menschen verletzen.



Das fordern wir:

Die Regierung soll die Gesetze für die Zwangs-Behandlung ändern.

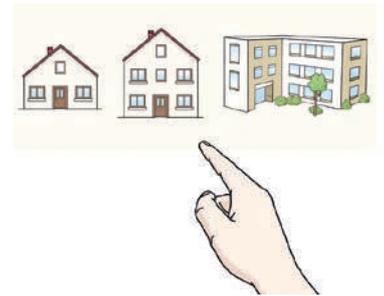
Die Regierung soll dabei zusammen arbeiten mit den Menschen mit **Psychiatrie**-Erfahrung und mit Menschen mit Behinderungen.



Selbst-bestimmt Leben

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen dürfen selbst bestimmen, wie sie leben wollen.

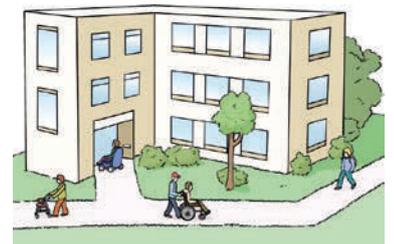


Aber oft ist es so:

Viele Menschen mit Behinderungen können nicht bestimmen, wo sie leben.

Sie müssen in einem Heim wohnen.

Auch wenn sie das nicht wollen.



Denn das Amt sagt:

Im Heim kostet es weniger Geld, als die Pflege zuhause.

Das fordern wir:

Jeder Mensch soll selbst bestimmen können, wo und wie er leben will.

Die Unterstützung muss zu den Menschen nach Hause kommen.

Auch wenn das mehr Geld kostet.

Das Amt muss die Unterstützung bezahlen.



Hilfe nicht selbst bezahlen

Manche Menschen mit Behinderungen müssen das Geld für ihre Hilfen selber bezahlen. Sie können kein Geld sparen.



Das fordern wir:

Alle Menschen mit Behinderungen müssen die Hilfen bekommen, die sie brauchen. Egal, wie viel Geld sie haben.



Recht auf Kinder und Familie

Menschen mit Behinderungen dürfen auch Kinder haben.
Genauso, wie alle anderen Menschen auch.



Manche Eltern mit Behinderungen brauchen Hilfe.
Zum Beispiel:

- Hilfe beim Einkaufen oder im Haushalt.
- Oder Hilfe bei der Erziehung von dem Kind.

In schwerer Sprache heißt die Hilfe:

Begleitete Elternschaft und **Eltern-Assistenz**.



Aber:

Die Gesetze für die Hilfe sind nicht gut.

Oft ist nicht klar:

Welches Amt soll die Hilfe bezahlen?

Viele Eltern mit Behinderungen bekommen die Hilfe nicht.

Und das Kind kommt vielleicht in ein Heim.



Das fordern wir:

Die Regierung soll die Gesetze ändern.

Eltern mit Behinderungen müssen die Hilfen bekommen,
damit sie ihre Kinder gut erziehen können.



Nicht gegen den Willen operieren

Man kann Männer und Frauen operieren,
damit sie keine Kinder bekommen können.

- Die Frau kann dann nie mehr schwanger werden.
- Der Mann kann dann nie mehr Kinder machen.

Das nennt man: Sterilisieren.



Manche Menschen mit Behinderungen werden sterilisiert,
obwohl sie das nicht wollen.

Das passiert dann:

Wenn die Person das selbst nicht entscheiden kann.

Dann entscheiden die rechtlichen Betreuer.

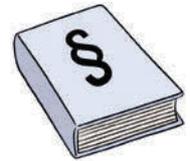


Im UN-Vertrag steht:

Kein Mensch darf gegen seinen Willen sterilisiert werden.

Das fordern wir:

Die Regierung von Deutschland soll das Gesetz ändern.
Kein Mensch darf gegen seinen Willen sterilisiert werden.



Eine Schule für alle Kinder

Im UN-Vertrag steht:

Alle Kinder mit Behinderungen dürfen
in eine allgemeine Schule gehen.

Dort, wo alle anderen Kinder auch hin gehen.



Aber in Deutschland sieht es anders aus:

Die meisten Kinder mit Behinderungen gehen
in die Förder-Schule oder Sonder-Schule.



Nur sehr wenige Kinder mit Behinderungen gehen
in eine allgemeine Schule.

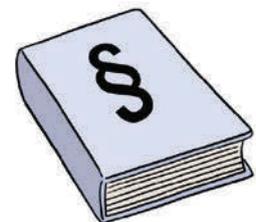
Denn die allgemeine Schule kann sagen:

- Wir haben nicht die richtigen Lehrer.
- Wir haben nicht die richtigen Räume.
- Wir haben nicht die richtigen Bücher.
- Und wir haben kein Geld, um das zu bezahlen.



Dann müssen die Kinder in eine Sonder-Schule oder Förder-Schule,
auch wenn sie das nicht wollen.

So steht es in den Schul-Gesetzen von Deutschland.

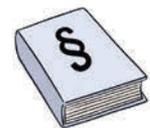


Viele Eltern von Kindern mit Behinderungen wollen, dass ihre Kinder in die allgemeine Schule gehen. Aber oft ist das sehr schwer. Die Eltern müssen vor Gericht klagen. Das ist für die Eltern und für die Kinder schlimm.



Das fordern wir:

Die Regierung von Deutschland soll die Schul-Gesetze ändern.



Alle Schulen müssen so sein, dass Schüler mit Behinderungen dort hingehen können. Zum Beispiel:

- Es gibt eine Rampe für Schüler im Rollstuhl.



- Es gibt Bücher in Leichter Sprache. Das ist gut für viele Schüler mit Lern-Schwierigkeiten.



- Es gibt Gebärden-Sprache für taube Schüler.



Die Regierung muss das Geld dafür geben.



Gesundheit

Menschen mit Behinderungen haben oft Nachteile, wenn es um die Gesundheit geht.

Zum Beispiel:

- Die Arzt-Praxis ist nicht barriere-frei.
Es gibt keine Rampe für Menschen im Rollstuhl.
- Viele Ärzte und Ärztinnen können keine Gebärden-Sprache.
Darum verstehen taube Menschen vielleicht wichtige Infos nicht.
- Es gibt keine Infos in Leichter Sprache.
Darum verstehen manche Menschen mit Lern-Schwierigkeiten vielleicht wichtige Infos nicht.
- Menschen mit einer schweren Behinderung bekommen nicht die richtige Unterstützung.
- Die Pfleger und Pflegerinnen haben zu wenig Zeit.
Und sie wissen nicht, was Menschen mit Behinderungen brauchen.
Darum machen sie manchmal Fehler.



Das fordern wir:

Die Arzt-Praxis und das Kranken-Haus muss **barriere-frei** sein.



In der Arzt-Praxis und im Kranken-Haus muss es Menschen geben, die Gebärden-Sprache können.



Es muss mehr Infos in Leichte Sprache geben.



Es muss mehr Infos in Blinden-Schrift geben.

Die Ärzte und Ärztinnen und die Pfleger und Pflegerinnen müssen lernen, was Menschen mit Behinderungen brauchen.



Manche Menschen mit Behinderungen brauchen Assistenz im Kranken-Haus. Sie müssen die Assistenz auch bekommen können.



Es soll mehr Kontrollen geben. Damit die Pfleger und Pflegerinnen weniger Fehler machen.



Arbeit und Beschäftigung

Viele Menschen mit Behinderungen sind arbeitslos.
Sie sind öfter arbeitslos als Menschen ohne Behinderungen.
Die Regierung tut nur sehr wenig dagegen.



Die Firmen müssen Menschen mit Behinderungen
einen Arbeits-Platz geben.
Oder die Firmen müssen Geld bezahlen.

Aber die meisten Firmen wollen
Menschen mit Behinderungen nicht haben.
Die Firmen bezahlen lieber das Geld.



Viele Menschen mit Behinderungen müssen
in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten.
Denn sie haben keine Wahl.



Das fordern wir:

Die Regierung soll mehr dafür tun,
dass Menschen mit Behinderungen eine Arbeit finden.



Es soll mehr Arbeits-Plätze außerhalb von der Werkstatt geben.

Geld zum Leben

Viele Menschen mit Behinderungen sind arm.
Sie haben weniger Geld als Menschen ohne Behinderungen.
Dafür gibt es viele Gründe:

- Menschen mit Behinderungen sind öfter arbeitslos, als Menschen ohne Behinderungen.
- Sie verdienen bei der Arbeit weniger Geld.
- Manche Menschen mit Behinderungen müssen viel Geld für ihre Hilfen selber bezahlen. Sie können kein Geld sparen.
- Viele Menschen mit Behinderungen dürfen fast kein Geld haben. Sie können kein Geld sparen. Sonst müssen sie ihre Hilfen selber bezahlen.



Das fordern wir:

Menschen mit Behinderungen müssen die Hilfen bekommen, die sie brauchen.
Egal, wie viel Geld sie haben.
Der Staat soll mehr Geld für die Hilfen geben.



Bei Wahlen mitmachen

Manche Menschen mit Behinderungen haben eine rechtliche **Betreuung in allen Angelegenheiten**. Das ist eine besondere Art der Betreuung.



Betreuung in allen Angelegenheiten heißt:

Die Menschen dürfen nichts selbst entscheiden.
Sie dürfen auch nicht wählen.

Das steht so in den Wahl-Gesetzen von Deutschland.

Wir von der BRK-Allianz sagen:

Die Wahl-Gesetze passen nicht zum UN-Vertrag.

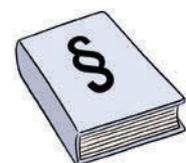
Alle Menschen mit Behinderungen sollen wählen dürfen.

Das fordern wir:

Die Regierung soll die Wahl-Gesetze ändern.

Alle Menschen dürfen wählen.

Auch, wenn sie eine **Betreuung in allen Angelegenheiten** haben.



Schwere Wörter, leicht erklärt:

In diesem Heft gibt es noch einige schwere Wörter.

Die Wörter sind grün und unterstrichen.

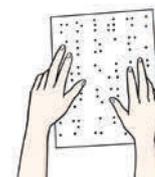
Wir erklären diese Wörter hier auf den nächsten Seiten.

Angemessene Vorkehrungen

Das sind Hilfen für Menschen mit Behinderungen.
Damit Menschen mit Behinderungen überall mitmachen können.

Zum Beispiel:

- Für Menschen im Rollstuhl gibt es eine Rampe oder einen Aufzug.
- Für blinde Menschen gibt es Texte in Blinden-Schrift.
- Für taube Menschen gibt es Gebärden-Sprache.
- Es gibt Fach-Leute für Menschen, die nicht sprechen können.
- Für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten gibt es Texte in Leichter Sprache.



Die Hilfe muss genau für die Person passen.
Manchmal sind die Hilfen vielleicht sehr teuer.
Dann muss man schauen:
Was ist wichtiger?
Die Rechte von der Person oder das Geld vom Amt.

„Angemessene Vorkehrungen“ steht auf dieser Seite:

11 Angemessene Vorkehrungen

Barriere-frei

Barriere ist ein anderes Wort für Hindernis.

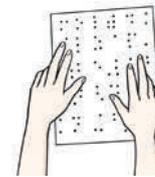
Barriere-frei heißt: Es gibt keine Hindernisse.

Zum Beispiel:

- Für Menschen im Rollstuhl gibt es eine Rampe.



- Für blinde Menschen gibt es Texte in Blinden-Schrift.



- Für taube Menschen gibt es Gebärden-Sprache.



- Für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten gibt es Texte in Leichter Sprache.



- Für Menschen, die nicht sprechen, gibt es eine Möglichkeit zum Schreiben.



Damit Menschen mit Behinderungen überall mitmachen können, muss alles barriere-frei sein.

„Barriere-frei“ steht auf diesen Seiten:

- 14** Barriere-Freiheit
- 30** Gesundheit
- 31** Gesundheit
- 40** Gleichstellungs-Gesetz
- 41** UN-Vertrag

Chronische Krankheit

So spricht man das: kronisch

Diese Krankheit hat man sehr lange oder für immer.

Zum Beispiel:

- **Zucker-Krankheit:**

Man sagt auch Diabetes.

Viele Menschen mit Zucker-Krankheit müssen immer Tabletten nehmen.

Oder sie müssen eine Spritze bekommen.



- **Asthma:**

Menschen mit Asthma haben Probleme beim Luft holen.

Sie bekommen oft schlecht Luft.

- **Rheuma:**

Menschen mit Rheuma haben oft Schmerzen.

Oder sie können die Finger nicht richtig bewegen.



Es gibt noch viele andere chronische Krankheiten.

„Chronische Krankheit“ steht auf dieser Seite:

4 Über diesen Bericht

Gewerkschaft

Das ist eine Gruppe.

Die Gruppe ist da für die arbeitenden Menschen.

Man sagt auch:

Die Gewerkschaft kämpft für die Rechte von den Arbeit-Nehmern und Arbeit-Nehmerinnen.



Die Gewerkschaft kämpft zum Beispiel:

- für gute Arbeit.
- für gerechte Bezahlung.
- für gute Ausbildung.

Die Gewerkschaft spricht mit dem Chef von der Firma.
Und sie spricht mit den Politikern und Politikerinnen.



Es gibt viele unterschiedliche Gewerkschaften.

Zum Beispiel:

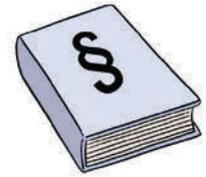
- Die Gewerkschaft für Lehrer und Lehrerinnen heißt **GEW**.
- Die Gewerkschaft für Pfleger und Pflegerinnen heißt **ver.di**.

„Gewerkschaft“ steht auf dieser Seite:

4 Über diesen Bericht

Gleichstellungs-Gesetz

Das ist ein wichtiges Gesetz für Menschen mit Behinderungen.

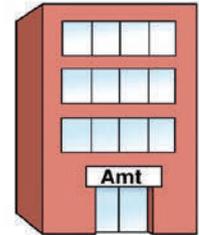


In dem Gesetz steht zum Beispiel:

Viele Dinge müssen barriere-frei werden.

Die Regeln für das Gleichstellungs-Gesetz sind zum Beispiel für:

- Die Ämter und Behörden.
- Das Rathaus.
- Die Straßen und Wege.



Es gibt ein Gleichstellungs-Gesetz für ganz Deutschland.

Und es gibt Gleichstellungs-Gesetze in jedem Bundes-Land.

„Gleichstellungs-Gesetz“ steht auf dieser Seite:

11 Angemessene Vorkehrungen

UN-Vertrag

Das ist ein wichtiger Vertrag für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Der Vertrag heißt in schwerer Sprache:

UN-Behinderten-Rechts-Konvention.



In dem Vertrag steht zum Beispiel:

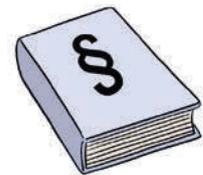
- Menschen mit Behinderungen gehören zu unserer Gesellschaft dazu.
- Sie sollen überall mitmachen können.

Dafür muss in Deutschland noch vieles anders werden.

Zum Beispiel müssen noch viel mehr Sachen **barriere-frei** werden.

Die Regierung von Deutschland muss die Gesetze ändern.

Denn viele Gesetze passen nicht zu dem **UN-Vertrag**.



„UN-Vertrag“ steht auf diesen Seiten:

- 4** Über diesen Bericht
- 9** Der Aktions-Plan ist nicht gut.
- 10** Menschen mit Behinderungen sollen dabei sein.
- 15** Rechtliche Betreuung
- 16** Unterstützte Entscheidung
- 19** Freiheit und Sicherheit
- 23** Selbst-bestimmt Leben
- 26** Nicht gegen den Willen operieren
- 28** Eine Schule für alle Kinder
- 34** Bei Wahlen mitmachen

Psychiatrie

- Manche Menschen verletzen sich selbst absichtlich.
Oder sie verletzen andere Menschen.
- Manche Menschen sind oft traurig und müde.
- Und manche Menschen wissen einfach nicht mehr weiter.



Diese Menschen brauchen Hilfe.

Dann kann vielleicht ein besonderes Kranken-Haus helfen.

Das Kranken-Haus heißt Psychiatrie
oder psychiatrisches Kranken-Haus.

Manchmal kommen die Menschen in die Psychiatrie
auch wenn sie das nicht wollen.

Und manchmal geht es ihnen in der Psychiatrie auch nicht besser.

Früher sagte man: Die Menschen sind verrückt.
Aber das stimmt nicht.

Die Menschen, die in der Psychiatrie waren,
nennt man: Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung.

Viele Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung arbeiten zusammen
in Selbst-Hilfe-Gruppen.



„Psychiatrie“ steht auf diesen Seite:

- 4** Über diesen Bericht
- 18** Freiheit und Sicherheit
- 19** Freiheit und Sicherheit
- 22** Schutz der Person

Wer hat dieses Heft gemacht?

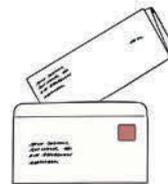
Dieses Heft ist eine Zusammen-Fassung in Leichter Sprache von dem Parallel-Bericht in der Kurz-Fassung.

BRK-ALLIANZ

c/o NETZWERK ARTIKEL 3 e.V.
Krantorweg 1
13503 Berlin

Telefon: 030 436 44 41
Fax: 030 436 44 42

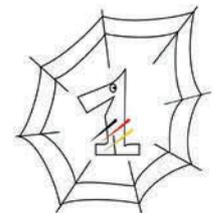
E-Mail: brk.allianz@googlemail.com
Internet: www.brk-allianz.de



Der Text in Leichter Sprache ist von:

Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V.,
Annette Flegel, Ricarda Kluge, Henrik Nolte.

Geprüft von: Anette Bourdon, Anita Kühnel und Josef Ströbl.



Bilder: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.,

Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Zeichen für Leichte Sprache: © Inclusion Europe

Foto Titel-Seite: © H.-Günter Heiden

Satz und barrierefreies PDF: Kuwe Fritz

Projekt-Leitung Aktion Mensch: Carolina Bontà

Die Aktion Mensch unterstützt die BRK-Allianz,
damit viele Menschen diesen Bericht lesen können.

In Kooperation mit der
Aktion
MENSCH

BRK-Allianz

In Kooperation mit der
Aktion
MENSCH